

für die Armen, ermahnte die Bischöfe jedoch mit Nachdruck, niemanden von der Seelsorge auszuschließen. Als Ursache von Armut und Elend in Lateinamerika nannte der Papst erneut eine *tiefverwurzelte soziale Ungerechtigkeit*. Es sei ihre Pflicht, sagte der Papst den Bischöfen, unter größtem persönlichen Einsatz Antworten auf die geistlichen Bedürfnisse Lateinamerikas zu finden, damit dessen Völker nicht außerhalb der Kirche Zuflucht suchen müßten. Als Hauptprobleme der lateinamerikanischen Kirche nannte der Papst den Mangel an Priester- und Ordensberufungen, eine

wachsende religiöse Gleichgültigkeit, das Vordringen des Atheismus und die rasche Ausbreitung von Sekten auf dem Subkontinent.

Johannes Paul II. wird die Reise nach Mittelamerika gewiß ohne Illusionen angetreten haben, ihr Verlauf hat vermutlich manche seiner Befürchtungen noch übertroffen. Obwohl die Dichte des Programms wieder einmal intensivere Begegnungen ausschloß, hat der Papst in den armen politisch unruhigen Ländern Mittelamerikas doch bedrückende Ansichten gewinnen und seine Grenzen – auch die seines Amtes – sehr direkt erfahren müssen. G.B.

Bischofskonferenz: Friedensdisput in Trier

Bei der diesjährigen Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, die vom 21. bis 24. Februar in Trier stattfand, drängte ein Thema alle übrigen Beratungsgegenstände deutlich in den Hintergrund. Die Bischöfe widmeten mehr Zeit als ursprünglich eingeplant der Beratung über den zweiten Entwurf zu ihrer *Stellungnahme zum Dienst der Kirche am Frieden*, die bisher den Titel „Gerechtigkeit schafft Frieden“ trägt. Das etwa fünfzig Seiten starke Dokument wurde in Trier intensiv diskutiert, aber noch nicht endgültig verabschiedet. Zunächst müssen jetzt aufgrund der Diskussion während der Vollversammlung rund hundert Änderungen in den Text eingearbeitet werden, der in seinen Grundlinien und -aussagen allerdings gutgeheißen wurde. Die Verabschiedung ist für die Sitzung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz am 18. April vorgesehen.

Auf vielerlei Weise herausgefordert

Erstmals hatten sich die Bischöfe auf der *Frühjahrsvollversammlung 1981* ausführlich mit der neuen Friedens- und Rüstungsdiskussion beschäftigt (vgl. HK, April 1981, 170–173). Dem Pressebericht war zu entnehmen, daß die Bischöfe damals den andauernden Rüstungswettlauf beklagten, auf die

„tragische Spannung“ zwischen der Forderung nach allseitiger und gleichzeitiger Abrüstung und die Notwendigkeit der Selbstverteidigung hinwiesen und sich gegen eine einseitig pazifistische Interpretation des biblischen Ethos wandten. Ebenso wurde festgehalten, in umstrittenen Einzelfragen, wie z. B. der der NATO-Nachrüstung, könnten Christen zu verschiedenen Urteilen kommen. Ein halbes Jahr später griff Kardinal *Joseph Höffner* das Thema in seinem Eröffnungsreferat zur Herbstvollversammlung über „Das Friedensproblem im Licht des christlichen Glaubens“ erneut auf, unter starker Anlehnung an einschlägige Äußerungen der letzten Päpste und des Konzils.

Schon im Frühjahr 1981 wurden auch erste Überlegungen im Blick auf eine gemeinsame bischöfliche Stellungnahme zu den durch die Friedensbewegung massiv aufgeworfenen Fragen angestellt. Ende 1981 wurden entsprechende Arbeitsaufträge erteilt, doch dauerte es dann über ein Jahr, bevor ein *erster Entwurf* dem Ständigen Rat vorlag, der sich im Januar dieses Jahres damit befaßte. Anfangs mußte erst geklärt werden, ob man ein kürzeres Hirtenwort zur Friedenthematik oder eine umfangreichere Erklärung erarbeiten sollte. Nachdem die Entscheidung für letztere gefallen war, erwies sich das Unternehmen bald als

schwieriger, als man zunächst angenommen hatte.

Während das bischöfliche Friedensdokument vorbereitet wurde, intensivierte sich die *Diskussion im deutschen Katholizismus* über den richtigen Weg zur Erhaltung und Sicherung des Friedens. Klare Positionsbestimmungen erfolgten auf der einen Seite vom Zentralkomitee (vgl. HK, Dezember 1981, 624–630), auf der anderen Seite durch den Bensberger Kreis (vgl. HK, Oktober 1982, 475–477). Das Bensberger Memorandum, das sich für eine „gradualistische“ Abrüstungsstrategie aussprach und die „insgesamt konservative Haltung des deutschen Katholizismus in Fragen der Sicherheits- und Friedenspolitik“ beklagte, erschien unmittelbar im Vorfeld des *Düsseldorfer Katholikentages*. Der Katholikentag, bei dem sich das Friedensthema stark in den Vordergrund schob (vgl. HK, Oktober 1982, 493–499), machte die unterschiedlichen Positionen deutlich: Der nicht zuletzt von Vertretern des Zentralkomitees artikulierten Mehrheitsposition im offiziellen Katholizismus (Betonung des Zusammenhangs von Frieden und Gerechtigkeit, Bejahung der Abschreckung auf der Grundlage eines militärischen Gleichgewichts, Absage an einseitige Abrüstung) stand die Forderung nach deutlicheren Worten der Kirche gegen die Gefahren des Rüstungswettlaufs, gegen die Abschreckung mit Atomwaffen und nach einer eindeutigen Orientierung am Ethos der Bergpredigt gegenüber.

Die Diskussion darüber, mit welcher Grundtendenz und wie konkret sich das kirchliche Lehramt in Sachen Friedenssicherung und Rüstung äußern könne und solle, erhielt durch den zweiten Entwurf des geplanten Hirtenbriefs der katholischen Bischöfe der USA nochmals neue Nahrung. So hieß es beispielsweise in einem Beitrag von „Publik-Forum“ zum amerikanischen Entwurf (22. 12. 82): „Das Dokument der Amerikaner fordert ihre deutschen Amtsbrüder heraus, es nicht bei der Wiederholung allgemeiner friedenspolitischer Prinzipien zu belassen, sondern konkret auf die Ebene der Sachprobleme einzugehen.“

Ein Dokument gewinnt Konturen

Welche *Erwartungen* sich nicht zuletzt in Teilen der katholischen Jugend auf ihre Stellungnahme richten, davon konnten sich die Bischöfe in Trier nochmals augenfällig überzeugen. Während der Vollversammlung hielten verschiedene Gruppen vor der katholischen Akademie, wo die Bischöfe tagten, und vor dem Dom Mahnwachen ab. Auf Plakaten wurde vor allem eine „eindeutige und konkrete Stellungnahme gegen die Atomrüstung sowohl von den Bischöfen als auch von jedem Einzelnen“ gefordert. Nicht wenige Bischöfe zeigten sich von dem Engagement der jungen Leute beeindruckt; es kam auch zu einem Gespräch zwischen drei Weihbischöfen und Vertretern der Friedensinitiativen. Allerdings dürfte nach den Beratungen in Trier endgültig feststehen, daß die Bischofskonferenz in ihrem Friedensdokument dem Wunsch nach einer eindeutigen Stellungnahme gegen die Atomrüstung nicht entsprechen wird.

Welchen *Ansatz* die Bischöfe favorisieren, wurde schon aus den Angaben im Pressebericht über die Herbstvollversammlung 1982 deutlich. Dort hieß es, trotz aller Leidenschaftlichkeit der Friedensdiskussion werde zunehmend die Frage nach einer „verlässlichen, umfassenden Orientierung an den Grundlagen des christlichen Glaubens“ laut. Außerdem wurde festgehalten, daß die geplante Friedenserklärung von bibeltheologischen Ansätzen ausgehen müsse.

Nach allem, was über den in Trier beratenen und dabei grundsätzlich gebilligten Entwurf zu erfahren war, ist er weitgehend von diesen Anliegen geprägt: Er geht aus von der Entfaltung des *alt- und neutestamentlichen Friedensverständnisses* und versucht dabei vor allem die Bedeutung der Weisungen Jesu in der Bergpredigt für die gegenwärtige christliche Friedensverantwortung zu klären. Dem folgt ein ausführlicher Teil über wichtige Stationen in der Haltung der Kirche zu Krieg und Frieden, von der frühchristlichen Distanz zur staatlichen Ordnung über die Ausbildung der Lehre

vom gerechten Krieg bis zu den Veränderungen der kirchlichen Friedensethik angesichts der modernen Massenvernichtungsmittel. In diesem Zusammenhang kommt auch das Verhältnis von biblischem Friedensethos und geschichtlicher Erfahrung zur Sprache, zu der auch die Wirklichkeit der Sünde und des Bösen gehöre.

Der dritte Hauptteil handelt von den Aufgaben der *Friedensförderung* und der *Friedenssicherung*, wobei besonders betont wird, daß militärische Sicherheitspolitik als Teil einer umfassenden politischen Friedenssicherung verstanden werden müsse. Das Schwergewicht in diesem Teil liegt auf der ethischen Beurteilung der Kriegsverhütung durch Abschreckung; es werden Kriterien genannt, unter denen Abschreckung ethisch legitimiert werden kann. Das letzte Kapitel schließlich gibt Impulse und Empfehlungen zur *Friedenspraxis*.

Dem mehr als knapp gehaltenen Pressebericht zufolge verlief das Gespräch der Bischöfe über den Entwurf „in Offenheit, mit großem Ernst und tiefem Konsens“. Besondere *Schwierigkeiten* bereitete offensichtlich die Frage, wie weit auf dem Gebiet von Friedenssicherung und Friedenspraxis überhaupt die *Kompetenz des bischöflichen Lehramts* reicht. Folgt man den Aussagen des Entwurfs und bezieht man auch frühere Äußerungen verschiedener Bischöfe zur Friedensdiskussion mit ein, dürfte die Tendenz vorherrschen, die Kompetenz nicht über Gebühr auszuweiten, sondern sich auf Erläuterung sittlicher Grundsätze und daraus abzuleitender Kriterien zu beschränken. Durchgesetzt hat sich in der Diskussion in Trier wohl auch die Vorgabe des Entwurfs, Rüstung und militärische Strategie ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der *Kriegsverhütung* zu beurteilen, also nicht wie die amerikanischen Bischöfe auch Kriegsszenarios ethisch zu werten. Schließlich gab es bei der Vollversammlung unterschiedliche Meinungen darüber, ob es nicht vor allem Aufgabe der Kirche sei, ein *propheetisch-herausforderndes Wort* angesichts des Rüstungswettlaufs und der nuklearen Drohung zu sagen. Entsprechend

der Mehrheitsmeinung dürfte das endgültige Dokument aber eher nüchtern und sorgfältig abwägend ausfallen.

Die übrigen Themen

Die Verlängerung der Diskussion über das Friedenspapier hatte zur Folge, daß der für die Vollversammlung vorgesehene Studientag zum Thema „*Caritas und Pfarrgemeinde*“ zeitlich halbiert werden mußte. Dabei kommt dem Thema beträchtliche Bedeutung zu; schließlich gehört die Diakonie neben Gottesdienst und Verkündigung zu den drei Grunddiensten einer christlichen Gemeinde. Nach einer Einführung des Bamberger Erzbischofs *Elmar Maria Kredel* dienten vier Kurzberichte als Anstoß für die Diskussion, in denen ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter im caritativen Bereich ihre konkrete Arbeit mit jugendlichen Arbeitslosen, Obdachlosen und Ausländern vorstellten. Der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, *Georg Hüssler*, wies beim Studientag darauf hin, daß man in den Pfarrgemeinden verstärkt wieder lernen müsse, die Nöte der Menschen zu sehen.

Für den Studientag auf der Herbstvollversammlung 1983 ist das *neue kirchliche Gesetzbuch* als Thema vorgesehen. Die Bischöfe dürften bei der Anpassung zahlreicher teilkirchlicher Regelungen an die Bestimmungen des neuen Kodex viel Arbeit bekommen. Ebenfalls auf der Herbstvollversammlung sollen Empfehlungen für die Gestaltung priesterloser Gottesdienste verabschiedet werden, die jetzt in Trier beraten wurden (zur Frage der priesterlosen Gottesdienste vgl. den Bericht in HK, April 1980, 203–206 und ds. Heft, S. 152).

An den Schluß seines Presseberichts über die Frühjahrsvollversammlung stellte Kardinal Höffner Anmerkungen zur *Diskussion um den § 218 StGB*: Die Bischöfe könnten und würden sich mit der jetzigen Gesetzeslage und der Abtreibungspraxis nicht abfinden. Wenn Abtreibung moralisch verwerflich sei, könne ein Gesetz die Tötung ungeborener Kinder „nicht legalisieren“.

U. R.